

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Verband Joh. van Aken, Crefeld, Luth, Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

## Was hat zu geschehen?

I.

Die Wirkung der für unser Gewerbe erlassenen Produktionsverordnungen und -einschränkungen machen sich für die Arbeiter bereits empfindlich fühlbar. Es ist darum an der Zeit, daß überall sowohl mit den vorbeugenden Maßnahmen, als auch mit jenen zur Vinderung bereits vorhandener Not eingegriffen wird. Teilweise ist das bereits geschehen. Wo man damit noch im Rückstand ist, müssen wir den nötigen Druck dahinter setzen. Nachstehend sei darum dargelegt, in welchen Bahnen sich die Hilfsaktion für die in Not geratenen Textilarbeiter und Arbeiterinnen zu bewegen hat.

Arbeitslosen Arbeitern und Arbeiterinnen hilft man am besten durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Solche ist zweifellos einer auf jeden Fall nur minimalen Unterstützung vorzuziehen. Darum hat man auch seitens der Reichsregierung mit Recht von vornherein das Schwerkraft auf die Arbeitsvermittlung gelegt. Diese Frage wurde bereits vor mehreren Wochen schon in einer vom Reichsamt des Innern einberufenen Sitzung eingehend erörtert. Dieser Sitzung wohnten außer Vertretern der Regierung auch solche der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei. Es wurde beschlossen:

1. Erhebungen über die Zahl, das Alter und Geschlecht der voraussichtlich arbeitslos werdenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen anzustellen;
2. Erhebungen darüber zu veranstalten, welche Industrien arbeitslos gewordene Textilarbeiter zu übernehmen vermögen und in welcher Zahl;
3. die Arbeitsvermittlung mit Hilfe der Reichs- und Militärbehörden, der Arbeitsnachweise, sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in die Wege zu leiten.

Diesem Beschluß entsprechend wurde denn auch unseres Wissens bald darauf eine Umfrage zu Punkt 1 veranstaltet. Diese Umfrage war wohl verfrüht. Die Wirkungen der Produktionseinschränkungen machten sich damals noch kaum bemerkbar. Sie wird darum ein zuverlässiges Ergebnis kaum rechtzeitig haben.

Auch die dem Reichstag zugegangene Denkschrift über wirtschaftliche Kriegsmassnahmen zieht als Mittel zur Vinderung der Notlage der Textilarbeiter besonders die Arbeitsbeschaffung in Betracht. Es werden dort als Aufgabe der Heeresverwaltung genannt: die Erteilung von langfristigen Aufträgen, die Einstellung von Textilarbeitern in das Heer, in Heereswerkstätten, in Heimarbeit und in anderen Kriegsindustrien. Als Aufgabe der Zivilbehörden wiederum wird bezeichnet: die Unterbringung arbeitsloser Textilarbeiter in anderen Berufen und zwar zunächst am selben Ort, und nur wenn dies nicht möglich ist, mit Hilfe der Arbeitsnachweise in anderen Orten. Zugleich wird in der Denkschrift gesagt, daß die Einführung von Textilarbeitern aus Polen und Belgien sowie die Beschäftigung von Gefangenen in Webstoffwerkstätten eingestellt werden sollen.

Es wird zweifellos möglich sein, einen großen Teil der arbeitslos werdenden männlichen Textilarbeiter anderweitig zu beschäftigen. Manche von ihnen werden in den Kriegsindustrien unterzubringen sein. Des weiteren werden das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden durch Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten helfend eingzugreifen vermögen. Der für Westfalen bestehende Ausschuß z. B. hat den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten bereits ersucht, die innerhalb der Provinz Westfalen bereits zur Ausführung genehmigten Eisenbahnbauten in Angriff zu nehmen. Er weist ferner darauf hin, daß bei der laufenden Unterhaltung der Bahnanlagen und Geleise Arbeiter beschäftigt werden können. Das wird auch anderwärts möglich sein. Die größeren Gemeinden werden auch in den Gemeindebetrieben manchem Arbeiter Arbeit und Verdienst schaffen können.

Schwieriger wird sich wohl die Unterbringung der arbeitslos werdenden weiblichen Textil-

arbeiter gestalten, weil auf dem weiblichen Arbeitsmarkt seit Kriegsbeginn das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage wesentlich übersteigt. Aber auch da läßt sich manches erreichen. Arbeiterinnen werden in der Munitionsindustrie Arbeitsgelegenheit finden, speziell wenn die hier noch üblichen zwölfstündigen Tag- und Nachtschichten in drei Achtstundenschichten umgewandelt werden, was schon im gesundheitlichen Interesse der Arbeiterinnen sehr zu wünschen wäre. Technische Schwierigkeiten werden dem kaum entgegenstehen. Weiter wird es möglich sein, Textilarbeiterinnen mit Näh- und Strickarbeiten für die Heeresverwaltung zu beschäftigen. Letztere wird zur Vergabung solcher Arbeiten an die Gemeinden wohl gerne bereit sein, wenn diese die Aufträge in eigener Regie übernehmen und so durch Ausschaltung jeglichen Zwischengewinnes, durch Bereitstellung geeigneter Räume und nötigenfalls durch Beschaffung fehlender Nähmaschinen den beschäftigungslosen und teilweise beschäftigten Arbeiterinnen Arbeitsgelegenheit und auskömmliche Verdienste sichern.

Notwendig ist, daß die Arbeitsvermittlung systematisch organisiert wird. Zu dem Zweck wird die Einrichtung von Arbeitsnachweisen in den Gemeinden mit einer größeren Anzahl Textilarbeiter erforderlich sein. Weiter haben sich Reich, Staat und die Gemeinden über die Möglichkeiten der Beschäftigung arbeitslos gewordener Textilarbeiter umgehend schlüssig zu werden, um gegebenenfalls sofort helfend eingreifen zu können. Inwieweit Reich und Staat bereits Vorsorge getroffen haben, entzieht sich unserer Kenntnis, wird sich aber im Notfall zeigen. Daß die Gemeinden ihre Pflicht auf dem Gebiete nicht versäumen, dafür zu sorgen ist Sache unserer Ortsverwaltungen und der Arbeitervertreter in den Gemeinde- und Stadtparlamenten.

Unsere Mitgliedern möchten wir empfehlen, bei eintretender oder schon bei drohender Arbeitslosigkeit, sich schon aus eigener Initiative heraus nach anderer Arbeit umzusehen. Wer rasch und entschlossen handelt, der fährt am günstigsten. Man scheue auch davor nicht zurück, Arbeit auswärts anzunehmen. Das „Kleben“ am Ort ist gegenwärtig verfehlt. Die mit dem Uebertritt in einen anderen Beruf, sowie mit dem Auswärtsarbeiten verbundenen Unannehmlichkeiten müssen als Kriegsoffer in Kauf genommen werden. Es ist auf jeden Fall angenehmer sein Brot zu verdienen, als auf die Unterstützung der Gemeinden oder des Arbeitgebers angewiesen zu sein.

Die einen andern Beruf ergreifenden Arbeiter dürfen von ihren Arbeitgebern und sonstigen Vorgesetzten verlangen, daß man ihnen entgegenkommt und ihnen das Umlernen resp. Anlernen möglichst erleichtert. Das gilt auch für Reich, Staat und Kommune bei der Ausführung von Notstandsarbeiten. Es ist für den Textilarbeiter in der Regel eine recht ungewohnte Arbeit, die er im neuen Beruf zu verrichten hat, eine Arbeit, die oftmals recht hohe Ansprüche an seinen für solche Arbeit ungeübten Körper stellt. Da ist eine gewisse Rücksichtnahme am Platze.

Des weiteren dürfen die Textilarbeiter eine angemessene Entlohnung auch im neuen Beruf beanspruchen. Versuchen, deren Notlage durch geringe Entlohnung auszuweichen, muß — eventl. durch Inanspruchnahme der Militärbehörden — in entschiedener Weise entgegengetreten werden. Arbeitgeber und Gemeinden können den auswärts arbeitenden Textilarbeitern auch durch Schaffung guter und billiger Unterkunfts- und Beköstigungsgelegenheit, die Eisenbahnverwaltung durch Fahrpreisermäßigung, helfend unter die Arme greifen.

Soviel über die Frage der Beschaffung anderer Arbeitsgelegenheit. Damit sind aber die zur Vinderung der Notlage notwendigen Maßnahmen noch nicht erschöpft. Zu erwähnen ist speziell noch die Regelung der Unterstützungsfrage. Auch über die möglichst einheitliche Gestaltung der ganzen Hilfsaktion ist noch einiges zu sagen. Darüber in nächster Nummer.

## Zur Kartoffelfrage.

Dazu bringt das „Zentralblatt“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Wir stehen vor der Kartoffelernte. Nun wird die Frage brennend, wie und zu welchen Bedingungen die konsumierende Bevölkerung ihren Bedarf an Kartoffeln decken kann. Es ist zu bedauern, daß wir dies noch nicht wissen. Dadurch wird die Gefahr sehr wahrscheinlich, daß wir unvorbereitet in die neuen Verhältnisse hineinsteuern, und alsdann wieder Stückarbeit aus der Not des Augenblickes herausgeleistet werden muß.

Einigkeit besteht darüber, daß es wünschenswert ist, wenn die Bevölkerung während des Herbstes sich, soweit wie es irgend möglich ist, genügend mit Kartoffeln eindeckt. In je größerem Umfange das möglich gemacht werden kann, umso besser. Damit wird der Produzent der Pflege der Kartoffeln entzogen, der Handel wird in der kritischen Zeit des Winters erleichtert und die Kommunen, oder andere zur Kartoffelversorgung zu treffenden Einrichtungen, entlastet. Der Wunsch, sich frühzeitig einzudecken, wird in diesem Jahr bestimmt noch lebhafter hervortreten wie im vergangenen Jahr. Das tut schon die Erinnerung an die Kartoffelnot des vergangenen Winters, an den Kampf und das stundenlange Stehen um ein paar Pfund Kartoffeln und ferner die ungeheuerliche Preisentwicklung. Aber gerade in diesem Bestreben liegen auch die Gefahren für die Wiederholung der tief bedauerlichen Erscheinungen des Vorjahres. Die Nachfrage schießt mit Beginn der Herbstendeckung empor und treibt die Preise in die Höhe. Wie war's im vergangenen Jahr? Der Kartoffelpreis blieb normal bis kurz nach der Ernte, wo die Bevölkerung begann, sich einzudecken. Die Konkurrenz der Kommunen trat erst viel später auf den Plan. Die Spekulation begriff gut, daß erhöhte Nachfrage und mangelnde Transportmittel ihr das Geschäft erleichterten. Die Regierung sah sich gezwungen, Höchstpreise festzusetzen. Die Folge war Kartoffelknappheit. Die vorhergehenden hohen Preise im „freien“ Handel hatten den Appetit zu sehr gereizt. Und die Spekulation hatte sich nicht verrechnet. Sie erhielt durch die künstliche Zurückhaltung der Kartoffeln Millionengewinne. Nichts hat so sehr gewiekt im Volke, wie die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise.

Sollen wir in diesem Jahre es wieder dahin kommen lassen? Fast hat es so den Anschein und es sind Bestrebungen im Gange, die dahin führen müssen.

Die Reichsregierung hat sich bis heute für einen bestimmten Weg noch nicht entscheiden können. Wie der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Delbrück, im Reichstage erklärte, hat er angesichts der Schwierigkeiten und Lehren des vergangenen Jahres die Hoffnung, daß es gelingt, mit den Organisationen der Produzenten und mit evtl. eigens zu diesem Zwecke zu schaffenden Organisationen des Großhandels, zusammen mit den Kommunen, zu einer Lösung zu kommen, die die Regierung der „Unbequemlichkeit der Höchstpreisfestsetzung und der Beschagnahme enthebt“. Nur wenn alle diese Versuche fehlschlagen, „wenn die Marktpreise der Kartoffeln weglassen“, wenn „auf andere Weise erträgliche Preise nicht zu halten sind“, bleibe noch das mangelhafte, „allenfalls noch wirksame Mittel der Höchstpreise und einer partiellen Beschagnahme“ übrig, vor dessen Anwendung er nicht zurückzucken will. Diese Ausführungen klingen nicht sehr beruhigend. Vor allem lassen sie die ruhige Sicherheit vermischen, die die Lösung dieser bedeutsamen Frage der Volksernährung fordert. Wir wissen nicht, wie der Herr Staatssekretär zu dem Optimismus kommt, mit den Interessenten eine Verständigung ohne gesetzlichen Zwang zu finden. Bislang war eine Verständigung über den Preis für bestimmte Lebensmittel zwischen Produzenten, Handel und Konsumenten in keiner Frage möglich. Wir glauben daher nicht daran, daß dies in der Kartoffelpreis- und Versorgungsfrage anders sein soll. Und dann: Was ist ein „erträglicher“ Preis? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die namhaftesten Vertreter der Landwirtschaft verfechten mit aller Schärfe einen Kartoffelpreis, der nicht auf den Produktionskosten aufgebaut ist, sondern der im Wertverhältnis der Kartoffel zu den Futtermitteln steht. Im übrigen gehen sie mit dem Handel soweit einig, als sie überhaupt keinen staatlichen Eingriff wollen, weder Höchst-

preise noch Beschlagnahme. Sie sind gegen den staatlichen Eingriff, weil sie eine Schädigung ihrer Interessen davon befürchten...

Aber auch die meisten Kommunen sind unschlüssig und zeigen wenig Neigung, selbständig in größerem Umfange in der Kartoffelfrage etwas zu unternehmen. Nach den Erfahrungen des verflossenen Jahres, nach den teilweise erlittenen erheblichen finanziellen Einbußen ist es zu verstehen, wenn sie von der Regierung die Schaffung einer geeigneten Grundlage erwarten, die ihre Tätigkeit vor den Willkürlichkeiten des Handels schützt und einer auf unsicherer Schätzung beruhenden Eindeckung enthebt.

Die Lage ist also diese: Die Regierung ist unschlüssig über das, was zu geschehen hat. Produzenten und Handel wollen überhaupt keinen staatlichen Eingriff. Die Kommunen unternehmen nichts, sie richten sich nach „oben“. All das erhöht die Gefahr, wie wir eingangs erwähnten, daß wir wieder unhaltbaren Verhältnissen entgegenreiben. Das lehrt uns das Vorjahr, das lehrt uns aber auch der Handel mit den übrigen Lebensmittelprodukten, der des staatlichen Eingriffs entbehrt. Alle Mahnungen sind bisher erfolglos geblieben, selbst Drohungen der Regierung, wie das Beispiel in der Zuckerfrage beweist, haben nichts genügt. Gerade letztere ist eines der bezeichnendsten und lehrreichsten Beispiele.

Aber, so hören wir vom Handel, der einem staatlichen Eingriff abhold ist, und auch hier und da von kommunaler Seite, wir haben eine gute Kartoffelernte zu erwarten und es wird bei „freiem“ Handel infolge des größeren Angebots bei einem mäßigen Preis bleiben. Zunächst haben wir namhafte Vertreter der Landwirtschaft, die eine gute Ernte noch in Zweifel ziehen. Sehr auffällig ist jedoch, wie man heute die Kartoffeln als ein so sorgfältig zu behandelndes Produkt hinstellt. Der Kenner lacht darüber, weil er weiß, wie wenig Sorge die Aufbewahrung der Kartoffeln dem Produzenten macht. Mit dieser so geflüsterten Betonung soll die Unmöglichkeit des staatlichen Eingriffs, insbesondere einer Beschlagnahme, dargelegt werden, weil man den Eingriff eben nicht will. Dies alles sind für uns wieder Zeichen, daß man höhere Preise und spekulative Kniffe im voraus entschuldigen will. Und so hören wir die Vorschläge des Herrn Staatssekretärs, allein uns fehlt der Glaube, daß wir trotz guter Kartoffelernte billige Preise bekommen. Das Beispiel mit dem Zucker, das einzige Produkt, von dem wir im Ueberfluß haben, lehrt uns alles andere.

Wir müssen von der Regierung fordern, daß sie Klarheit in der Kartoffelfrage schafft. Die Kosten der bestehenden Unklarheit gehen zu Lasten der ohnehin so sehr gedrückten minderbemittelten Bevölkerung.

Das einzig wirksame Mittel ist die Festlegung von mäßigen Höchstpreisen und Beschlagnahme der zur menschlichen Ernährung benötigten Kartoffelmengen. Damit werden auch die Befürchtungen des Stellvertreters des Reichskanzlers, Dr. Delbrück, behoben, daß bei niedrigen Höchstpreisen keine Kartoffeln auf den Markt kommen, bei zu hohen aber das Publikum billiger kauft, während die Kartoffelversorgungsbehörden (Kommunen usw.) an die Höchstpreise gebunden sind. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften fordert in seiner Eingabe an die Reichsregierung Beschlagnahme und Enteignung der für die menschliche Ernährung erforderlichen Kartoffelmengen zu Kleinhandelspreisen von 3.25 bis zu 3.75 Mark. Die Beschlagnahme und Enteignung soll so frühzeitig geschehen, daß die Kartoffeln den Konsumenten zu der sonst üblichen Einkellerungszeit zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Ermäßigung der Kartoffelpreise für die unteren Einkommensklassen soll dadurch herbeigeführt werden, daß sie von den Kommunen unter Umgehung des Großhandels zermertweise an die Konsumenten und zum pfandweisen Verkauf an den Kleinhandel abgegeben werden. Der Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen hat ähnliche Forderungen erhoben. Die Konsumenten sind sich einig darüber, daß die Regierung die Dinge nicht laufen lassen darf, daß sie halb und aber auch ganz eingreifen muß: Höchstpreise und Enteignung.

Die Kartoffel bildet eben heute bei den minderbemittelten Klassen eines der wichtigsten Nahrungsmittel; wo Fleisch für sie fast nicht mehr erschwinglich ist, andere Lebensmittel knapp und ebenfalls ins Ungeheure verteuert sind, wie z. B. die Hülsenfrüchte, kann das Volk mit Recht beanspruchen, daß ihm die Kartoffeln zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt, und daß sie allen spekultativen Kunstgriffen entzogen werden. Eine ungebührliche Verteuerung würde die aus der vorjährigen Behandlung der Kartoffelfrage bestehende Mißstimmung aufs neue beleben und noch steigern. Unser Volk ist gewiß geduldig und opferbereit, man lege ihm aber nicht mehr auf, wie unbedingt notwendig ist und wie es ertragen kann. Die Regierung hat die Pflicht, dies zu berücksichtigen und die breiten Massen zu schützen.

In den letzten Tagen hat die Tagespresse folgende von amtlicher Seite erlassene Warnung verbreitet: „Die unzeitig einsetzende hohe Nachfrage nach Kartoffeln, ehe noch die neue Ernte begonnen hat, infolge Befürchtung nicht genügend Kartoffeln zur Ernährung über den Winter zu erhalten, hat zu einer Preis-

steigerung geführt, welche durch die in Aussicht stehende sehr günstige Ernte nicht begründet ist. Die Bewegung auf dem Kartoffelmarkt wird von der Regierung mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Regierung verschließt sich nicht der Ueberzeugung, daß die Kartoffel in der jetzigen Zeit das Hauptnahrungsmittel für die ärmere Bevölkerung ist, und daß dieses Nahrungsmittel zu einem angemessenen Preise zur Verfügung gestellt werden muß. Die Organisationen sind in Vorbereitung, welche die Regelung einer Sicherung zum Bezug der Kartoffeln für die ärmere Bevölkerung durch Zwangsmaßnahmen herbeiführen sollen. Jetzt läßt sich aber weder der Bedarf an Kartoffeln noch die Wirkung der guten Ernte auf die Preisbildung übersehen. Es kann daher nur gewarnt werden, durch übereilte Käufe einer Preissteigerung Vorschub zu leisten. Besonders sind aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet Klagen laut geworden über mangelnde Zufuhr von Kartoffeln. Für genügend die Zufuhr nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird Sorge getragen werden.“

Diese Warnung mag gut gemeint und auch berechtigt sein, sie wird aber angesichts der Vorgänge die sich im Vorjahre abspielten, kaum die gewünschte Wirkung haben. Man kann es der Bevölkerung auch kaum verübeln, wenn sie die Befürchtung hegt, daß die Bewegung auf dem Kartoffelmarkt von der Regierung mit „besonderer Aufmerksamkeit“ solange „verfolgt“ werde, bis es zu spät sei. Rasches Handeln ist darum dringend geboten.

### Allgemeine Rundschau.

#### Petitionen der christlichen Gewerkschaften.

S. P. Die Organisationen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung haben auch während des Kriegsjahres durch anregende Eingaben und Petitionen an die Behörden und Parlamente eine wertvolle Tätigkeit entfaltet. Der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses petitionierte um Erlaß eines Wohnungsgesetzes und um Bewilligung von Geldern zum Kleinwohnungsbau; ferner um Verschärfung des Sonntagsruhegesetzes, namentlich im Interesse der Angestellten im Handelsgewerbe. In einer weiteren Eingabe an den Reichstag verlangte der Ausschuß die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 70 auf 65 Jahre, sowie eine Erhöhung der Witwen- und Waisenrente nebst den Kinderbeihilfen für invalide Arbeiter.

In einer umfangreichen Eingabe an den Reichstag und Bundesrat haben der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Reichsverband deutscher Konsumvereine, der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine, sowie die katholischen Arbeitervereine Süd- und Westdeutschlands die Frage der Holzernährung behandelt. Es wurde verlangt die Festsetzung von Höchstpreisen und die Sicherstellung der hauptsächlichsten Lebensmittel für die minderbemittelte Bevölkerung. Ein Teil dieser Forderungen ist inzwischen erfüllt worden. Im Auftrag des Kriegsauslasses für Konsumenteninteressen hat der Reaktor der „Baugewerkschaft“, Kollege Jos. Weder, ebenfalls eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, die sich mit derjenigen der vorhergenannten Verbände deckt. Das Reichskartell der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, dem unter anderem der Zentralverband deutscher Eisenbahner (Sitz Elberfeld), der Bayerische Eisenbahnerverband, der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals, der Verband der Post- und Telegraphenhandwerker und -Arbeiter (Sitz Essen), der württembergische Eisenbahnerverband und der Zentralverband deutscher Militärhandwerker und -Arbeiter (Sitz Elberfeld) angehört, hat gleichfalls in einer Petition zur Frage der Höchstpreise, der Fleisch-, Brot-, Gemüse- und Kartoffelversorgung Stellung genommen.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung hat, im Verein mit anderen Organisationen, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in einer wohlüberlegten Petition verlangt. Diese Eingabe wurde vom Reichstag sehr günstig aufgenommen und zu einer Resolution erhoben. In dieser wird der Reichskanzler ersucht, im ganzen Reich für jede größere Gemeinde oder für einen Bezirk kleinerer Gemeinden ein Arbeitsamt zu errichten. Diefem wären die Arbeitsnachweise des Bezirks zu unterstellen. Ueber deren Verwaltung und die Art der Arbeitsvermittlung sind nähere Vorschläge gemacht. Die Organisationsfreiheit des einzelnen Arbeiters soll für alle Fälle gesichert bleiben.

Im Verein mit dem Bureau für Sozialpolitik hat der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen um Ausdehnung der Reichsversicherungsordnung auf die selbstständigen Heimarbeiter, die für öffentliche Körperchaften arbeiten, gebeten. Das Verlangen von derselben Seite, das Hausarbeitsgesetz völlig in Kraft zu setzen, hat der Reichstag unterstützt und an den Reichskanzler weitergegeben. Ebenso die Petition des Zentralverbandes der Nahrungs- und Genussmittel-Industriearbeiter (Sitz Düsseldorf) vom 12. März 1915, betreffend Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit im Bäcker- und Konditoreigewerbe.

Einen vollen Erfolg hatte die Petition des Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter, dank des Eingreifens seines Vorsitzenden, Kollegen Abg. Schiffer. Sie verlangte Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung arbeitsloser Textilarbeiter. Regierung und Reichstag gaben diesem Antrag statt.

Die Petition des Reichskartells der Beamten und Arbeiter der staatlichen Verkehrsanstalten, um Schaffung eines höheren Mindestlohns für ihre Sozialversicherungen, wurde der Regierung als Material überwiesen. Die weitere Petition von derselben Stelle,

betreffend Wohnungsbau für kinderreiche Familien und Priegerheimstätten, wird in der neugebildeten Wohnungskommission im Spätherbst weiterverrat werden.

#### Streiks und Aussperrungen während des Krieges.

Durch den Krieg ist der Burgfriede zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, in keinem Lande ernsthafter und wirksamer durchgeführt und durchgehalten worden, als in Deutschland. Der Verzicht auf die Ausnützung einer vorübergehenden besonders günstigen Lage durch die Arbeiterverbände ist durch die Rückfichten bedingt, die der Krieg ebenso dem Kapital, wie der Arbeit aufzwingt. In England liegen die Verhältnisse wesentlich anders; aber für England ist auch die Gefahr nicht so groß und unmittelbar, wie für Deutschland. Infolge der Beilegung des Kampfes zwischen Arbeiter- und Arbeitgebervereinigungen seit dem Kriege ist das Jahr 1914 ein an Ausständen ziemlich armes Jahr geworden. Die Zahl der beendeten Ausstände betrug nämlich seit dem Jahre 1904:

Jahr	Zahl der beendeten Ausstände	Zahl der betroffenen Betriebe	Höchstzahl der Ausständigen
1904	1 870	10 321	113 480
1905	2 403	14 481	408 145
1906	3 328	16 246	272 218
1907	2 266	13 092	192 430
1908	1 347	4 774	68 392
1909	15 387	4 811	96 925
1910	2 113	8 276	155 680
1911	2 566	10 640	17 809
1912	2 510	7 255	406 314
1913	2 127	9 007	254 206
1914	1 115	5 213	58 682

In keinem Jahre seit dem Jahre 1904 war also die Zahl der Ausstände und der Ausständigen so niedrig, wie im Kriegsjahr. Vor dem Kriege waren schon 993 Ausstände beendet; während des Krieges kamen 98 zu Ende, davon 83 unmittelbar infolge des Krieges. Während des Krieges wurden noch 24 mit 1126 Beteiligten begonnen, die aber sehr schnell beigelegt wurden. Dabei handelte es sich nur um Ausstände in einzelnen Betrieben; denn von den 24 Ausständen wurden nur 25 Betriebe betroffen. Die Ausstandsbelegung war im Jahre 1914 also noch schwächer, als im Kriegsjahre 1908.

Ähnlich war auch der Verlauf der Aussperrung, obwohl hier die Zahl der Aussperrten im Jahre 1914 etwas höher war, als in den Jahren 1904 und 1909 mit der niedrigsten Zahl. Die Zahl der Aussperrungen betrug nämlich in den einzelnen Jahren:

Jahr	Zahl der beendeten Aussperrungen	Zahl der betroffenen Betriebe	Höchstzahl der Aussperrten
1904	120	1 115	23 760
1905	254	3 859	118 665
1906	298	2 780	77 109
1907	246	5 287	81 167
1908	177	1 758	45 716
1909	115	1 749	22 924
1910	1 115	10 834	214 129
1911	232	1 993	138 354
1912	324	2 558	74 780
1913	337	6 579	56 842
1914	108	833	36 458

Vor dem Kriege wurden 90 Aussperrungen mit 12 138 betroffenen Arbeitern beendet; 17 wurden während des Krieges, davon 15 unmittelbar infolge des Krieges beendet. Während des Krieges selbst kam es zu Aussperrungen überhaupt nicht mehr.

#### Lebensmittelkontrolle.

In einem öffentlichen Aufruf tritt der Oberbürgermeister von Rittau, Dr. Rülz, der schon früher durch sein scharfes Auftreten gegen den Lebensmittelwucher sich verdient gemacht hat, für die Errichtung eines städtischen Preisüberwachungs-ausschusses von 11 Mitgliedern ein, der als Spruch-, Ueberwachungs- und Begutachtungsbehörde dienen soll. Wie nötig derartige Ueberwachungsstellen sind, zeigt die Selbsthilfetätigkeit des Kriegsauslasses für Konsumenteninteressen in Gelsenkirchen, der in 303 Geschäften stillschweigend Warenaufkäufe hat vornehmen und dann auf Güte und Preiswürdigkeit durch einen Sachverständigenausschuß (Obermeister der Metzgerei, Vorsteher des Nahrungsmittelunternehmensamtes usw.) hat prüfen lassen. Das Ergebnis offenbarte eine völlige Willkür bei der Festsetzung der Preise und der Bezeichnung der Warengüte, außerdem gewissenlose Verfälschung und schwindelhafte Reklame.

In der Abteilung Wurstwaren sind geradezu skandalöse Zustände entdeckt worden. „Fast nur Schund und hohe Preise!“ sprach sich zusammenschließend ein Sachverständiger aus. Die Waren waren meistens derart mit Wasser verfälscht, daß sie innerhalb zwölf Stunden Gewichtsverluste von 8 bis 18 v. H. aufwiesen. Bei der Butter waren zwei Proben Margarine mit Stärkemehlzugabe, eine Probe enthielt 28 v. H. Wasser. Bei Margarine enthielt eine Probe 33,16 v. H., also ein Drittel Wasser. Von 20 Proben Schmalz waren nur fünf einwandfrei, alle übrigen in hohem Prozentsatz mit Pflanzeneröl, Talg usw. verfälscht. Bei den Eiern waren, nach dem Gewicht beurteilt, „die billigsten immer die teuersten“; es sei zu fordern, daß die Eier nur nach Gewicht verkauft werden dürfen. Bei Zucker entschied nicht die Qualität, sondern die Gewinnucht, die hohen Preise. „Ein Geschäft benutzte billigen Zucker als Sodamittel; eine dort gekaufte Tafel, Tafel“ kostete 3,50 M., enthielt aber nur fünf Achtel Liter, so daß das Liter 5,60 M. kostete; überdies stellte der Chemiker fest: „Erbsenöl, verunreinigt mit Baumwollamenöl und Sesamöl“. Bei Salz wird berichtet, daß „die höchsten Preise und dabei

die schlechtesten Qualitäten in den Arbeitervierteln zu finden waren. Bei der Gütebezeichnung aller Warenarten herrschte kein System. Es kam wiederholt vor, daß gerade die teuersten Sachen die schlechtesten waren. Deftiger waren die zu den billigsten Sägen ausgezeichneten Gattungen gar nicht vorrätig.

Die Stadtverwaltung von Gelsenkirchen hat die schärfsten Maßnahmen gegen die aufgedeckten Zustände und betrügerischen Mißbräuche angefündigt. Ein ähnliches Vorgehen wie in Gelsenkirchen wäre in allen Orten des Reichsgebiets geboten.

**Wucherpreise.**

Trotz der Verordnung des Bundesrates gegen den Lebensmittelwucher und trotz der scharfen Worte, die Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag dagegen sand, frißt das Uebel ruhig weiter. Hier wieder ein eklatanter Fall.

Ein Familienvater aus Hannover schickt seinem Sohn regelmäßig Fleischkonserven ins Feld. Eines Tages kommt er auf den Gedanken, eine Döckse zu öffnen, um den Inhalt und dessen Wert festzustellen. Das Ergebnis schildert er wie folgt:

Ich kaufe meine Konserven in einem der ersten Konservenhäuser. Die Konserven stammen aus einer Fabrik in Frankfurt a. M., die sich „Fleisch-Konservenfabrik, Fabrik feiner Delikatessen“ nennt. Ich öffnete eine Dose, enthaltend Schweinezunge mit Sauerkraut, Preis 1,35 M., und stellte folgendes fest: Gewicht der vollen Dose: 450 Gramm, Gewicht der leeren Dose: 130 Gramm, also Inhalt: 320 Gramm. Davon wog die Zunge sage und schreibe: 80 Gramm. Das übrige war Wasser und Sauerkraut. Wenn man die hiesigen Verkaufspreise der Schlächter für Zunge zugrunde legt (allerhöchster Preis 2 M. das Pfund), so ergibt sich als Wert des Fleisches 32 Pfg., Wert des Krautes und des Wassers, hoch gerechnet, 3 Pfg., Wert der leeren Döckse 5 Pfg. Gesamtwert: 40 Pfg., dem ein Verkaufspreis von 1,35 M. gegenübersteht, also mehr als das Dreifache des realen Wertes.

Die „Pöln. Volksztg.“ bemerkt dazu ganz richtig: Das wirkt, wenn man's liest, verblüffend, und doch könnte jeder von uns täglich dieselbe Betrachtung und Berechnung über Einkäufe für seinen und anderer Leute notwendigen leiblichen Bedarf anstellen. Das ist ein Unheil und eine Schmach und wird eine größere Schmach mit jedem Tage, den das Unwesen weiter freisetzt und millionenfällig die Giftkeime sozialer Säulnis und Zersetzung im nationalen Körper mehren darf. Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß eine Masse vorausdenkender Menschen mit Sorge auf dieses Grundübel blickt, das heute aus unserem Nahrungsmittelmarkt ein Wuchersystem macht, dessen schwerste Folgen erst seine moralisch und sozial zerstörenden Wirkungen nach dem Kriege sein werden.

**Die Gelder der Invalidenversicherungsanstalten.**

Diese Gelder dienen nicht nur der Rentengewährung und der Durchführung von Heilverfahren, sondern auch der Förderung gemeinnütziger Bestrebungen. In welchem Umfang letzteres geschieht, geht daraus hervor, daß die Versicherungsanstalten bis Ende des Jahres 1914 an Baudarlehen, Darlehen an die Landwirtschaft für Wohlfahrtseinrichtungen und für eigene soziale Veranstaltungen insgesamt 1254 Millionen Mark Kapital gegeben haben. Nach einer in den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ veröffentlichten Uebersicht sind nämlich von den 31 deutschen Versicherungsanstalten für die reichsgefesliche Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bis zum 31. Dezember 1914 aufgewendet worden:

zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen	555 939 813
zum Bau von Ledigenheimen (Hospizen, Herbergen, Gesellenhäusern usw.)	26 900 920
zur Befriedigung landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses	123 920 864
für Wohlfahrtseinrichtungen (für den Bau von Krankenhäusern und ähnlichen, vorwiegend der Klasse der Versicherten zugute kommenden Einrichtungen)	571 623 347
für eigene Veranstaltungen (Krankenhäuser, Heilanstalten, Lungenheilstätten usw.)	76 465 100
zusammen	1 254 850 044

Bei den preussischen Versicherungsanstalten allein betragen die Aufwendungen:

zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen	269 162 203
zum Bau von Ledigenheimen (Hospizen, Herbergen, Gesellenhäusern usw.)	18 835 290
zur Befriedigung landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses	96 662 031
für Wohlfahrtseinrichtungen (für den Bau von Krankenhäusern und ähnlichen, vorwiegend der Klasse der Versicherten zugute kommenden Einrichtungen)	260 844 239
für eigene Veranstaltungen (Krankenhäuser, Heilanstalten, Lungenheilstätten usw.)	42 292 638
zusammen	687 796 401

Die vorerwähnten 1254 Millionen Mark industriellen Unternehmungen zugeführt, hätten den Versicherungsanstalten wenigstens 60 Millionen Mark Zinsen jährlich gebracht. Aber die Reichsversicherungsanstalten sind mit der Anlage dieser Gelder andere, bessere Wege gegangen, auf denen freilich nicht so hohe Zinseinnahmen zu erzielen sind. Aus den hohen Anlagen im Kleinwohnungsbau, die in der Hauptsache aus der jüngeren Zeit stammen, erkennt man besonders den sozialen Geist der neuen Zeit, der eine seiner Hauptaufgaben in der ständigen Verbesserung des deutschen Wohnungswesens sieht.

**Die Verstaatlichung einzelner Industriezweige**

rückt infolge der Notwendigkeit, für die gewaltigen Kriegsausgaben entsprechende Deckungsmöglichkeiten zu suchen, in greifbare Nähe. Von verschiedenen Seiten ist u. a. auch eine Verstaatlichung der Margarineindustrie befürwortet worden. Da ist nun besonders beachtenswert, daß aus Arbeiterkreisen Bedenken gegen diese Anregung erhoben werden. Das Verbandsblatt der christlich-nationalen Nahrungs- und Genußmittel-Industriearbeiter, „Die Solidarität“, Nr. 14, 1915, wendet sich gegen einen die Verstaatlichung befürwortenden Artikel in einer politischen Wochenschrift mit dem Hinweis, daß die Voraussetzungen und Unterlagen des betreffenden Aufsatzes nicht stichhaltig seien. Zusammenfassend schreibt das christliche Gewerkschaftsblatt:

„Es ist bedauerlich, daß Anregungen, die Sein oder Nichtsein eines wichtigen Industriezweiges zum Gegenstand haben, aus solch mangelhafter Orientierung hergeleitet werden. Unsere Margarinefabrikanten haben seit Kriegsausbruch das Allerbeste geleistet, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten, im Interesse der Volksernährung, die jetzt ihre Erzeugnisse weniger entbehren kann, als je zuvor, im Interesse der vielen Tausende, die beim Margarine-Vertrieb ihr Brot verdienen, im Interesse der Werke selbst! Sie haben alle Verlegenheiten und Schwierigkeiten in der Rohwarebeschaffung bisher zu besiegen gewußt, eine Anerkennung, eine Ermüdung, auf diesem Wege zu beharren, kann in dem Verstaatlichungsprojekt nicht erblickt werden.“

Bemerkenswert für die Stellungnahme der christlich-organisierten Arbeiter zum Gewerbe ist, was die „Solidarität“ an anderer Stelle des Artikels schreibt. Da heißt es:

„Eines muß aber bei dieser Gelegenheit noch gesagt werden. Die Margarine-Industrie ist in dieser Kriegszeit dem großen Verbraucherkreis wie auch den Arbeitern gegenüber jedenfalls die anständigste Industrie gewesen. Hätten weiteste Kreise der Produzenten und der weiterverarbeitenden Lebensmittel-Industrie und namentlich der Handel in der Lebensmittelbranche auch nur annähernd ein Geschäftslagebahnen verfolgt, wie die Margarine-Industrie, dann sähe es bei uns heute anders aus. Bei den Maßnahmen, die in Zukunft notwendig sind um Ordnung in unsere Volkswirtschaft hineinzubringen, wird auch die Frage jedenfalls keine kleine Rolle spielen, ob Träger eines Volkswirtschaftszweiges auch moralisch so qualifiziert sind, daß man in ihren Händen noch wirtschaftliche Freiheiten lassen kann. Diese moralische Probe haben leider in der jetzigen Zeit sehr, sehr viele nicht bestanden.“

Soweit das genannte christliche Gewerkschaftsblatt zur Sache der Verstaatlichung der Margarineindustrie selbst soll an dieser Stelle keine Stellung genommen, sondern nur eine Stimme aus Arbeiterkreisen einer weitern Deffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden.

**Aus unserer Industrie.**

**Zur Einschränkung der Arbeitszeit in der Textilindustrie.**

Nach einem Bescheide des preussischen Handelsministers, den dieser an die Handelskammer zu Elberfeld gegeben hat, finden die Vorschriften der Verordnung über die Beschränkung der Arbeitszeit in den Textilbetrieben auch Anwendung auf alle mit der Herstellung der Erzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden Arbeiten, besonders auch auf die Aufmachung und den Versand der Waren, sowie auf die in bestimmten Zeitabschnitten notwendigen, regelmäßig wiederkehrenden Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten.

Die Gewerbeinspektion in Darmen hat in obiger Sache noch folgendes bekannt gegeben:

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat in mehreren Erlassen und Bescheiden an einzelne Firmen keinen Zweifel darüber gelassen, daß alle mit der Herstellung der Erzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden Arbeiten von den Vorschriften betroffen werden, besonders auch die Arbeiten der Färbereien, Bleichereien, Lustrierereien, Appreturanstalten, Spulereien, Scherereien, die Aufmachung und Verpackung der Waren, sowie die in bestimmten Zeitabschnitten notwendigen, regelmäßig wiederkehrenden Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten und die Vorbereitungsarbeiten, z. B. das Vorrichten der Bandstühle. Ausnahmen, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, kann der Herr Regierungspräsident auf besonderen und eingehend zu begründenden Antrag zulassen. Ein öffentliches Interesse kann nicht schon dann als vorliegend angenommen werden, wenn es sich um die Erledigung von Heeresaufträgen handelt. Auch in solchen Fällen bedarf jedesmal des besonderen Nachweises, daß die rechtzeitige Ausführung der Aufträge im Heeresinteresse unbedingt geboten und ohne Ausnahme von den die Arbeitszeit beschränkenden Vorschriften nicht möglich ist. Bei Uebernahme von Heeresaufträgen und der Vereinbarung der Lieferfristen ist der beschränkten Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Selbständige Hausgewerbetreibende werden für ihre Person vorläufig von der Be-

**Unser Kriegsgebet.**

Paul Boebdinghaus-Elberfeld.

Du hast uns, Gott, vom Land entwöhnt,  
Der uns umhing in fremdem Mitter —  
Du hast das Trennende verjöhnt —  
Es gibt im deutschen Reich nicht Gitter  
Noch Schranken mehr — es hat die Not  
Um alle nur ein Band gebunden! —  
Es sei uns heilig — ist's doch rot  
Vom deutschen Blut aus deutschen Wunden!

-----

Du weißt, Herr, wer das Schwert uns zwang  
In uns're Hand, hochmutvermessend!  
In deinem Willen aber schwang  
Und schlug es — daß sie's nie vergessen!  
Und sollten weiter Streich um Streich  
Wir uns're Feinde niederringen —  
Und würde — endlich — gnadereich,  
Den letzten Sieg dein Wille bringen —  
So gib, daß Stolz und Uebermut  
Und Ueberchwang uns nicht erfülle!  
Gib, daß uns das ersiegte Gut  
Nicht blendend unsern Blick verhülle!  
Daß wir in Würde, ruh'gehoß,  
Den freien Blick auf freier Erde,  
Umstehen Deutschlands Mutterchoß,  
Und keiner ihm entfremdet werde!

**Wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren . . .**

Von Grete Filling.

Mit Trommelwirbel und Pfeifenklang marschieren ein Trupp Feldgrauer dem Bahnhof zu durch die Straßen. Im Helm und Uniform, Tornister, Gewehr und Koppel prangen die ersten Frühlingsblumen. Die Soldaten aber erwidern lachend und winkend die Grüße der Vorübergehenden und der Neugierigen, die von der Militärmusik angezogen, ihnen von den Fenstern aus nachschauen.

Kinder trippeln neben den Soldaten einher, Frauen suchen mit ihren feldgrauen Männern Schritt zu halten, stolz tragen die Knaben die „Anarren“ ihrer Väter und es ist ein Hurraufen und Jauchzen, als gälte es, ein Fest zu feiern.

Als letzte im Zug folgt ein altes, gebücktes Mütterchen. Keuchend und außer Atem hastet sie neben ihrem „Großen“ einher und beim schnellen Schreiten fliegen ihr die dunklen Röcke um die schwachen Füße. Dennoch läuft sie mit, wenn ihr auch, trotz des kühlen Tages, der Schweiß die furchige Stirne nezt. Und während sie neben ihrem Jungen des Weges hastet, gibt sie ihm noch allerlei Ermahnungen und gute Lehren, wenn ihr auch der Atem dabei zu versagen droht. Und er, der sonst wohl mehr als einmal die mütterlichen Ermahnungen in der unmutigen Ungebild seiner jungen Jahre hinnahm, er lauscht den abgerissenen Sätzen der mit ihm Schreitenden mit einem dankbaren Nächeln. Best' auch sein Mütterchen, der die Welt da draußen fremd geblieben ist, nichts vom menschenworbenden Krieg und seinen Erscheinungen, weiß sie auch nicht, daß er auch mit gutem Willen die Mahnungen, nicht kalt zu trinken, die Füße oft zu baden und einzusetzen, damit sie nicht wund werden und vieles andere nicht durchzuführen kann, er hört dennoch aufmerk-

sam und beinahe andächtig zu. Zeugen die Ratschläge auch von der großen Kindlichkeit einer einsätzigen Frauenseele, so entstammen sie doch einem liebenden, hangenden Mutterherzen, das gern alle Entbehrungen und Leiden auf sich nehmen würde, könnten sie ihm dadurch erspart werden. Und dem Soldaten dünken die verängstigten Worte des alten Weibleins unendlich lieb, daß er immer und immer nur diese Stimme hören möchte, die bald, ach so bald, vom Kanonendonner überdröhnt sein wird. Und er lauscht den Worten, daß sie immer und immer wieder in seinem Herzen klingen mögen. Unter der Uniform aber wird ihm plötzlich warm und die Augen werden ihm naß. „Na, laß man, Mutterken, ich werd' Dir und dem toten Vater schon Ehre machen. Und an Dir denken werd ich noch. Und wenn ich komme, dann bringe ich Dir das Eiserner mit“ und im Geiste setzt er noch einmal liebevoll hinzu: „Liebes gutes Mutterken, habe Dank für alle Güte.“

Das alte Weiblein aber seufzt auf aus tiefstem, kummervollstem Herzen. Und dennoch blickt sie voll Stolz auf den ranten schlanken Jungen, der braun und frisch neben ihr einherstreitet und zu dessen blauen Augen die feldgraue Uniform so gut paßt, als wäre sie eigens für ihn angeschafft worden. Daß dieser hübsche große Soldat ihr Sohn ist, der nun auch in den Krieg zieht wie der verstorbene Vater es anno hiezig getan hat! Und sie überdenkt im Geist ihr ganzes Leben voll Freude und Leid, Sonne und Schatten bis auf den heutigen Tag, da sie ihren Jungen, ihre Stütze und Freude, taglos dem Vaterland opfert. Und des Mütterchens arbeitsraube Hände streicheln ganz heimlich und von anderen unbemerkt, ihres Soldaten braune Wangen liebevoll, während sie atemlos neben ihm weiter schreitet und maßfau, wenn auch ohne Erfolg, mit ihm Schritt zu halten versucht. Der aber blickt lächelnd auf sie herab und es ist, als wollten seine Augen väterlich gültig die kleine Gestalt umfassen.

Kammmachung nicht betroffen, dagegen gelten die Vorschriften für die von ihnen beschäftigten Personen, auch die Familienangehörigen, mit Ausnahme der Ehefrauen.

Ersatzstoffe für die Textilindustrie.

Not macht erfinderisch. Das zeigt sich jetzt auch in unserm Gewerbe. Der Rohstoffmangel zwingt erhöhtes Interesse für die Bestrebungen Ersatzstoffe zur Verarbeitung heranzuziehen. Als einen Ersatz für Baumwolle wird die Brennessel genannt. Bekanntlich eine recht anspruchslose, als Unkraut auf jedem Schutthaufen wuchernde Pflanze. Die Kesselfaser hat früher schon eine Rolle gespielt. Die deutschen Landfrauen spinnen aus den Bastfasern der Nessel feine und starke Fäden, die zu mancherlei Geweben verwendet wurden. Der Grund für die Vernachlässigung des Nesselgospinnens lag in der Einföhrung der amerikanischen Baumwolle, die sich mit Sturmeszie den deutschen Markt eroberte. Was dann noch als Nesselstuche und Nesselgarne im Handel bezeichnet wurde und bis auf den heutigen Tag noch so bezeichnet wird, ist ebenfalls Baumwollware. Bei längerer Dauer des Krieges ist es nicht ausgeschlossen, daß die heimische Nesselbastfaser wieder in erhöhtem Maße Verwendung findet, zumal es vor einigen Jahren einer Wiener Firma gelang, ein billiges und leicht ausführbares Verfahren zur Entgummierung der Nesselstuche zu finden. Dadurch ist ein Hindernis der Verarbeitung der Faser beseitigt worden, das sich früher höchst unangenehm bemerkbar machte. Tatsächlich wird denn auch schon für den Anbau und für das Sammeln der Nessel Propaganda gemacht.

Als ein weiterer Ersatzstoff für Baumwolle kommt in Betracht — das Papier. Papierene Taschentücher wurden schon im Frieden in den Handel gebracht. Und gleich bei Kriegsbeginn, als von einer Bannerklärung der Baumwolle noch keine Rede war, stellten viele Fabriken Taschentücher für das Feld aus Papier her, die als Liebesgaben gern versandt wurden. Ebenso hat man, wie die „Berliner Morgenpost“ schreibt, auch Verbandmaterial, also Watte, Binden usw., aus Papier gewonnen, mit dem man im russisch-japanischen Kriege ganz vorzügliche Erfahrungen machte. Die dort wirkenden europäischen Aerzte lernten diese Art der Papierverwendung von den Japanern kennen und lobten allgemein ihre Vorteile. Auch Anzüge hat man aus Papier hergestellt, und sie sind besonders in der Form von Sommeranzügen auch in Berlin von einzelnen Geschäften massenhaft veräußert worden. Im äußeren Ansehen unterscheiden sie sich nicht von anderen Anzügen. Sie vertagen Regen sehr gut und sind sehr haltbar und warm. Uebrigens läßt sich der aus Papier hergestellte Faden vorzüglich verspinnen und färben. Papierteppiche sind in zahlreichen Geschäften Berlins in geschmackvollen Mustern zu haben und leiden weder durch Nässe, noch nützen sie sich, gute Herstellung vorausgesetzt, sehr ab. In der Maschinenindustrie ist der papierene Puzlappen anstatt der zum Reinigen der Maschinen verwendeten „Puzwolle“ vielfach in Gebrauch. Das Material zur Herstellung von Papier ist aber unerlässlich, braucht man dazu doch nicht durchaus Lumpen zu nehmen, sondern man hat in der aus unjeren Nadelhölzern hergestellten Zellulose ein sehr brauchbares Material zur Papierherstellung gefunden. Auch andere Faserstoffe stehen uns dazu, falls es notwendig sein sollte, in Fülle und Fülle zur Verfügung. Somit sind wir gegen die frühere Zeit, in der es gleichfalls keine Baumwolle gab, entschieden besser daran. Endlich kommt noch hinzu, daß es, falls es notwendig sein sollte, sehr wohl möglich ist, aus allen alten Textilstoffen (abgelegten Kleidern, Wäsche usw.), die Baumwolle enthalten, diese mehr oder minder vollständig wieder zu gewinnen.

Auch für Jute und Hanf hat man Ersatzstoffe gefunden. Vor längerer Zeit schon hat eine Vereinigung von Unternehmern und Kapitalisten einen Juteersatzstoff in den Handel gebracht, der in seinen Hauptbestandteilen aus Papier bestand, die sogenannte Textilose. Ein anderer Ersatzstoff, der die Textilose noch übertreffen soll, wird seit einigen Jahren von einer Firma in Meßum in Westfalen aus Strohfasern hergestellt. Mit den aus diesen Stoffen hergestellten Säcken hat man allerhand Proben und Untersuchungen vorgenommen, die eine außerordentliche Festigkeit und Haltbarkeit der Säcke ergaben. Dennoch hat weder dieser Ersatzstoff noch die Textilose eine größere Verwendung gefunden. Warum nicht? Weil das Juteartell aus eigenwilligen materiellen Interessen im Geheimen und Offenen einen hartnäckigen Krieg gegen diese Juteersatzstoffe, leider mit großem Erfolge, geführt hat. Es hat die Ausnutzung jener wichtigen Erfindungen zu hintertreiben gewußt und damit dem Juteerzeuger und der deutschen Volkswirtschaft einen außerordentlich großen Schaden zugefügt, besonders in dieser Zeit, wo die Abhängigkeit der Juteindustrie von der indischen Rohjute sich besonders hart und unangenehm fühlbar macht. Neuerdings werden auch, wie wir bereits berichtet haben, Versuche gemacht, die Fasern der Pflanze bei den röhren an Stelle der Jute- und Hanffasern zu verwenden. Diese Pflanze scheint allerdings, wie die bisherigen praktischen und wissenschaftlichen Versuche ergaben, die in sie gesetzten Erwartungen nur unvollkommen zu erfüllen. Trotzdem will man das Einammeln dieser Pflanze, wie auch anderer Bastfaserpflanzen, namentlich Draumessel, wildwachsenden Hopfens, Wasserhanfs und dergl. emsig fortsetzen, in der Hoffnung, durch zweckmäßiges Kultivieren ein besseres Faserertragnis zu gewinnen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Delmenhorst. Kur mäßig besucht war die letzte Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe. Sie nahm trotz dem einen sehr anregenden Verlauf. Der Kollege Seidel gab den Eingang der Versammlung der auf dem Felde der

Ehre gefallenen Kollegen Stelura und Rademacher. Letzterer Kollege war jahrelang eifriges Vorstandsmitglied der Ortsgruppe. In seinen Briefen aus dem Felde an die Ortsgruppe erwähnte er die Mitglieder fortwährend, dem Verbanne die Treue zu halten. Diese Treue hat er selbst gehalten bis zu seinem Heldentode. Hierauf erstattete der Kollege Seidel Bericht über die Verhältnisse der Ortsgruppe. Von den Mitgliedern sind bis jetzt 64 zum Heer eingezogen worden. Infolge der hier seit langem herrschenden Arbeitslosigkeit sind viele Mitglieder von hier verzogen oder es sind Kolleginnen in hauswirtschaftlichen Dienst getreten. In der Agitation war es stiller wie sonst, doch ist es gelungen, eine Anzahl Kollegen, die im Anfang des Krieges vom Verbanne abgesprungen waren, zurückzugewinnen. Wenn unsere Kollegen aus dem Felde zurückkommen, werden sie am Orte eine gute Ortsgruppe vorfinden. Wir wollen uns gegenseitig die Treue halten. Zwei Kollegen, die auf der hiesigen Wagenfabrik Arbeit angenommen haben, klagen, daß sie ständig bearbeitet werden, einem anderen Verbanne sich anzuschließen. Der Kollege Seidel ver sprach, in dieser Angelegenheit Schritte zu unternehmen. Nachdem noch einige andere Sachen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Ausländer im Deutschen Reich. Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, das in den letzten Tagen zur Ausgabe gelangt ist, enthält zum erstenmale Angaben über die Berufszugehörigkeit der bei uns lebenden Ausländer. Diese Angaben stützen sich auf die Erhebungen vom 1. Dezember 1910. Von den insgesamt 1259880 vorhandenen Ausländern waren 158404 tätig in Land- und Forstwirtschaft; 384317 im Bergbau, im Baugewerbe und in der Industrie; 64599 im Handels- und Wirtsgewerbe; im häuslichen Dienst und Lohnarbeit wechselnder Art 44000; im öffentlichen Dienst und sog. freien Berufsarten waren tätig 25462 Ausländer. Als Rentner lebten bei uns rund 78000 Personen, darunter 41746 weiblichen Geschlechts. Als „Angehörige ohne Hauptberuf“ wurden gezählt 490483 Personen.

Der Staatsangehörigkeit nach hatten die höchste Ziffer die Desterreicher. Am 1. Dezember 1910 lebten in Deutschland 634989 Personen, davon 281340 weibliche. Dazu kommen 32087 Ungarn und Kroaten, sowie 100 Mann aus Bosnien und der Herzegowina. Die meisten der Desterreicher und Ungarn waren Industrie- und Bauarbeiter und Vergleute, rund 231000 Personen. Ohne Beruf, von eigenem Vermögen, von Renten und Pensionen lebten bei uns über 27000 Desterreicher. 10800 waren im öffentlichen Dienst und in freien Berufen tätig. 60000 in Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht und Forstwirtschaft. Diese Zahl ist wohl deshalb so nieder, weil die Zählung erst am 1. Dezember erfolgte. Die Wanderarbeiter sind um diese Zeit zumeist wieder heimgekehrt.

Hinsichtlich ihrer Zahl stehen an zweiter Stelle die Niederländer mit 144181 Personen. Die meisten davon, 36800 waren in Industrie und Bergwerken beschäftigt; 13000 in der Land- und Forstwirtschaft. Von den 137668 Russen waren rund 70000 Landarbeiter; 18000 Industriearbeiter; 12584 lebten als Rentner bei uns. Die Italiener kommen an vierter Stelle. Am 1. Dezember 1910 waren 104265 davon im Deutschen Reich, davon 31000 weibliche. Die meisten waren im Baugewerbe, dann im Bergbau und in der Industrie beschäftigt. Schweizer lebten 68233 bei uns, davon 14863 als Industriearbeiter; 7916 waren in der Landwirtschaft tätig.

Von Staatsangehörigen anderer Länder waren 1910 im Deutschen Reich: 26238 aus Dänemark; 19137 aus Frankreich; 18319 aus Großbritannien und Irland; 14356 aus Luxemburg; 13449 aus Belgien; 9671 Personen aus Schweden; 22447 aus den amerikanischen Staaten. Aus den asiatischen Staaten wurden gezählt 1212 Personen, die meisten ohne Beruf, 57 als Industriearbeiter. S. P.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung im Kriege. Von allen Versicherungsträgern sind die Landesversicherungsanstalten zu einer weitgehenden Kriegsfürsorge am meisten befähigt, nicht nur wegen der großen Vermögen, über die sie verfügen, sondern auch infolge besonderer gesetzlicher Vorschriften, die ihnen allein, im Gegensatz zu anderen Trägern der Arbeiterversicherung, die Befugnis geben, für solche Zwecke Mittel zu verausgaben. § 1274 der Reichsversicherungsordnung ermächtigt sie, mit Zustimmung des Reichs- oder Landesversicherungsamts Maßnahmen zur Verhütung des vorzeitigen Eintritts der Invalidität unter den Versicherten und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Von dieser Befugnis haben die Landesversicherungsanstalten in erster Linie im Interesse der Kriegsfürsorge, und zwar zunächst in der Richtung Gebrauch gemacht, um die Folgen der Verletzungen und Erkrankungen der Kriegsteilnehmer zu beseitigen und mildern zu helfen. Zur Unterstützung der Verwundetenpflege haben sie ihr Krankenhäuser, Heilstätten und Genesungsheime der Militärverwaltung und dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt. Lazarettzüge, sowie Bade- und Desinfektionswagen sind ausgerüstet; dafür wurde bis Ende Mai d. J. eine halbe Million Mark ausgegeben. Ferner sind bis zu diesem Zeitpunkt Zuschüsse an das Rote Kreuz zur Deckung des ersten Bedarfs für die Krankenpflege sowie zur Verhütung von Seuchen in Höhe von nahezu zwei Millionen Mark bereitgestellt worden. Einige Versicherungsanstalten haben zur Förderung des Sanitätsdienstes beigetragen. Besonders wertvoll für die Verwundetenpflege war die Tatsache, daß unter den Berufsgenossenschaften auch die Versicherungsanstalten zahlreiche Spezialärzte zur Verfügung stellen konnten, die ihre in der Friedenszeit erworbenen reichen Erfahrungen

im höchsten Maße nutzbringend verwendeten. Für Wollfäden, wasserdichte Umhänge und sonstige Liebesgaben haben die Landesversicherungsanstalten bis Ende Mai d. J. über 1 1/2 Millionen Mark ausgegeben. Auch an der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten haben sich die Landesversicherungsanstalten im reichsten Maße beteiligt, und zwar hinsichtlich der Berufsberatung, der Berufsumschulung und der Arbeitsvermittlung. Schließlich wurden den Hinterbliebenen von gefallenen Kriegern sogenannte Dankes- oder Ehrengaben in der Form einmaliger Unterstützungen nach Art des Sterbegelds gewährt, was bis Ende Mai d. J. einen Aufwand von einer Million Mark verursachte. Daneben wurden die Kriegsversicherungen zu Gunsten der Angehörigen der Kriegsteilnehmer durch Zuwendungen von Geld gefördert.

Neben diesen Maßnahmen der Kriegsfürsorge, die unmittelbar den Kriegsteilnehmern zugute kommen, sind die Bestrebungen zu erwähnen, die zur Abwendung der wirtschaftlichen Schädigungen der Bevölkerung gefördert worden sind. Die Landesversicherungsanstalten gaben billige Darlehen an notleidende Gemeinden und Kreise zur Vinderung der Kriegsnot und unterstützten Organisationen, die bestimmten Notständen abzuhelfen suchten, z. B. Volkstüchen, Speise- und Milchhallen, sowie Vereine, die sich mit der Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidern und Brennstoffen für die in Not geratenen Familien befassen. Weiterhin wandten sich die Versicherungsanstalten der Säuglingsfürsorge sowie der Unterstützung der Pflege von Kindern zu, deren Vater zum Heeresdienst einberufen ist und die der Beaufsichtigung durch die Mutter entbehren. Einzelne Versicherungsanstalten haben die Waisenhauspflege für Kinder verstorbenen Versicherter unter ihre Wohlfahrtsrichtungen aufgenommen oder weiter ausgestaltet. Auch der Jugendfürsorge wird Beachtung geschenkt. Ein besonderes Verdienst haben sich die Versicherungsanstalten durch Maßnahmen zur Belebung des Wirtschaftslebens während der ersten Kriegsmomente erworben. Dies geschah teils durch Inangriffnahme oder Fortsetzung von eigenen Bauten, teils durch Unterstützung der Bestrebungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Es wurden an Baugenossenschaften, an gemeinnützige Bauvereine Baudarlehen, an Gemeinden und Kommunalverbände zur Durchführung von Notstandsarbeiten billige Darlehen oder Zuschüsse bewilligt und damit zahlreichen Arbeitskräften Beschäftigung verschafft. Arbeitsnachweise, Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien sind unterstützt worden. Schließlich wurde eine weitgehende Unterstützung von Arbeitslosen und durch den Krieg in Not geratene Familien durchgeführt durch Zahlung von Beihilfen an Gemeinden, die eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt hatten oder unmittelbar. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß sich die Versicherungsanstalten mit 263750000 M. an der Zeichnung der beiden ersten Kriegsanleihen beteiligt haben.

Im übrigen hat sich der Einfluß des Krieges bei den Versicherungsanstalten durch einen erheblichen Rückgang der Einnahmen an Beiträgen bemerkbar gemacht. Das hat in erster Linie seinen Grund darin, daß die Kriegszeit als Beitragszeiten angerechnet werden, also Beiträge für Kriegsteilnehmer trotz Fortdauer der Beschäftigungsverhältnisse nicht gezahlt zu werden brauchen. Dieser Ausfall wird in gewissem Grade durch die während der Kriegszeit eingetretene, zum Teil recht erhebliche Steigerung der Löhne ausgeglichen, die eine Vermehrung der Beitragszahlung in höheren Lohnklassen zur Folge hatte. Immerhin gingen im Jahre 1914 nur 678388373 M. an Beiträgen ein, während im Jahre 1913 750610659 M. an Beiträgen eingenommen wurden. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1915 betrug der Ausfall an Beiträgen rund 35 Millionen Mark, es kann danach eine Minderung des Beitragsrückganges erwartet werden. Gleichzeitig muß aber mit einer Steigerung der Invalidenrenten und der Hinterbliebenenrenten während des Krieges gerechnet werden. Auch nach dem Kriege werden die Fälle der Invalidifizierung häufiger werden, weil durch die Verwundungen und Anstrengungen des Krieges die Widerstandsfähigkeit der Versicherten nachgelassen hat. Es wird angenommen, daß die Ausgaben für Invaliden-, Alters-, Kranken- und Hinterbliebenenrenten im Jahre 1915 nicht weniger als 213 Millionen Mark betragen werden, während sie sich im Jahre 1912 erst auf 177 Millionen Mark beliefen. An Hinterbliebenenrenten wurden im Jahre 1912 nur eine Million Mark ausgezahlt, im Jahre 1915 sollen hierfür schon 7380000 M. erforderlich sein. Mit einem erheblichen Steigen der Ausgaben an Hinterbliebenenrenten wird in den nächsten Jahren gerechnet. Der Zuschuß des Reiches erfordert im Jahre 1915 nicht weniger als 66 Millionen Mark.

Alles in allem ist die finanzielle Lage der Versicherungsanstalten infolge der großen Rücklagen so fest gefügt, daß eine Erschütterung des Bestandes der Versicherung ausgeschlossen erscheint, auch eine Erhöhung der Beiträge kaum notwendig werden wird.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Was hat zu geschehen? — Zur Kartoffelfrage. — Gemilleton: Unser Kriegsgebiet. — Wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren. — Allgemeine Hundschau: Petitionen der christlichen Gewerkschaften. — Streiks und Ausperrungen während des Krieges. — Lebensmittelkontrolle. — Bucherpreise. — Die Gelder der Invalidenversicherungsanstalten. — Die Verstaatlichung einzelner Industriezweige. — Aus unserer Industrie: Zur Einschränkung der Arbeitszeit in der Textilindustrie. — Ersatzstoffe für die Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Delmenhorst. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Ausländer im Deutschen Reich. — Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung im Kriege.